

Klare Spielregeln statt bequemer Auswege

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Pläne der Europäischen Kommission für die Einführung von EU-weiten Staatsanleihen, sogenannten „Eurobonds“, kritisiert. Die CDU bleibt bei ihrer Forderung: Europa muss eine Stabilitätsunion werden und darf kein Schuldenklub werden!

- Die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission sind nicht zielführend. Eine Diskussion über „Eurobonds“ kann bestenfalls nach der Krise – im Rahmen einer abgestimmten und stabilitätsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik – Sinn machen.
- Diese „Eurobonds“ werden die drängenden Haushalts- und Finanzprobleme in den EU-Staaten nicht nachhaltig lösen. Sie nehmen den Reformdruck und bestrafen diejenigen, die sich redlich anstrengen, die Bedingungen der Euro-Stabilität einzuhalten.
- „Eurobonds“ dürfen nicht dazu führen, dass es Euro-Staaten möglich wird, notwendige Sparbemühungen aufzugeben und unbequeme Reformen zu verweigern. Die Probleme werden nur gelöst, wenn die öffentlichen Haushalte schrittweise saniert und die EU-Mitglieder durch eigene Anstrengungen wettbewerbsfähiger werden.
- Anstatt jetzt „Eurobonds“ einzuführen, muss die Währungsunion mit neuen vertraglichen Regeln sicherstellen, dass die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts in den Euro-Ländern eingehalten werden.

Wer einfache Lösungen verspricht, handelt unseriös. Die CDU weist mit ihrem Parteitagsbeschluss „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ den richtigen Weg für eine Euro-Stabilitätsunion. Den Beschluss der CDU finden Sie unter www.leipzig2011.cdu.de.

Die Mitte.

CDU